

PODIUMSDISKUSSION / Bewerber für die Landtagswahl debattierten auf Einladung des BDS über Wirtschaftsthemen

Kandidaten: Berufsschule gehört modernisiert

Die wirtschaftliche Perspektive der Region, Fachkräftemangel, Förderung des Mittelstands, Verkehr und Mobilität, zu diesen Themen hatte der Kirchheimer Bund der Selbstständigen (BDS) knapp 20 Fragen zusammengestellt. Antworten erwarteten die Mitglieder dazu in einer Podiumsdiskussion im Bohnnhaus von den Kandidaten für die Landtagswahl.

ANKE KIRSAMMER

KIRCHHEIM ■ Eine Viertelstunde gab Moderator Manfred Pfafs, Hauptgeschäftsführer der Ingenieurkammer Baden-Württemberg, den einzelnen Kandidaten aus dem Wahlkreis Kirchheim Zeit, um sich dem Publikum vorzustellen und zu den Themen Stellung zu beziehen. Dabei wurde der Punkt Verkehr und Mobilität jedoch nur gestreift.



Karl Zimmermann, der bei der Landtagswahl am 25. März für die CDU ins Parlament einziehen und Nachfolger von Dirk Ommeln werden möchte, redete der Zukunftsfähigkeit der Region das Wort: „Wir haben einen super Mix der Branchen.“ Mit Autofirmen, Betrieben mit neuen Technologien und jetzt sogar der Filmbranche ist die Region seiner Ansicht nach ein Spiegel dessen, was das Land zu bieten hat. In einem Zehn-Punkte-Programm habe die CDU in einem kleinen Landesparteitag benannt, was angepackt werden muss: Dazu gehört, den Mittelstand an neue Technologien heranzuführen, eine moderne Betriebsverfassung auf die Beine zu stellen und Teilzeitregelungen zu treffen, die mit den Arbeitgebern abgestimmt seien.

„Baden-Württemberg zeichnet sich durch viele mittelständische innovative Unternehmen aus“, meinte Carla Bregenzer, die seit neun Jahren für die SPD im Landtag ist. Doch warnte sie davor, sich auf den Lorbeer auszuruhen, denn im Vergleich mit anderen Ländern stehe Baden-Württemberg nicht mehr so gut da wie in den achtziger Jahren. Wichtig sind ihr durchsichtige Förderprogramme für kleine Unternehmen. In größeren Kommunen sollten nach dem Willen der SPD-Frau Anlaufstellen für Existenzgründer eingerichtet werden. Als „Katastrophe“ bezeichnete Carla Bregenzer, dass in den beruflichen Schulen 1000 Lehrer fehlen. Beim Thema Fachkräftemangel schob sie den schwarzen Peter al-



Alle fünf Kandidaten im Wahlkreis Kirchheim saßen auf dem Podium. Von links nach rechts: Frank Schweizer (FDP), Marianne Erdrich-Sommer (Bündnis-Grüne), Karl Zimmermann (CDU), Moderator Manfred Pfafs, Ulrich Deuschle (Republikaner) und Carla Bregenzer (SPD). Foto: Gerald Prießnitz

lerdings auch den Betrieben zu, hätten sie doch vor ein paar Jahren sehr zurückhaltend ausgebildet.

Die Grünen-Politikerin Marianne Erdrich-Sommer, seit 1996 Mitglied des Landtags, sprach sich für eine Ökologisierung der Betriebe aus – ihrer Meinung nach ein Motor der Wirtschaft und ein wichtiger Standortfaktor. Sorge bereiten Marianne Erdrich-Sommer die derzeitigen Geburtenzahlen. Damit sei die Rente nicht gesichert und ein weiterer Arbeitskräftemangel vorprogrammiert. Die Green Card ist für die Grünen-Politikerin nicht der Weisheit letzter Schluss, vielmehr braucht es ihrer Ansicht nach eine ordentlich geregelte Zuwanderung und ein gutes Integrationskonzept.

Dem stimmte auch FDP-Kandidat Frank Schweizer zu. „Die demografische Entwicklung macht Zuwanderung unabdingbar.“ Außerdem brauche es weiterhin das Grundrecht auf Asyl. In punkto Fachkräftemangel meinte er, es sei derzeit eben „in“, das Abitur zu machen und anschließend zu studieren. Jedoch sollte auch an die Leute gedacht werden, deren theoretisches Wissen nicht ganz so gut sei. Und auch für junge Unternehmer müsse seiner Meinung nach mit Anreizen für Betriebsübernahmen etwas getan werden.

Ulrich Deuschle, der für die

rechtsextremen Republikaner erneut im Landtag sitzen will, bedauerte die hohe Zahl von Arbeitskräften mit geringer Qualifikation in der Region. Innovation müsse so gefördert werden, damit marktfähige Produkte hergestellt werden können, um ein hohes Lohnniveau zu halten. Im gleichen Atemzug warnte er aber davor, die Förderung auf neue Technologien zu beschränken. Deuschle hielt ein Plädoyer für ein besseres „Aus-schöpfen des Fachkräftepotenzials“, eine moderne überbetriebliche Ausbildung und für mehr Kindertagesstätten, weil es bei Frauen ein „brachliegendes Potenzial“ gebe. „Absurd“ nannte er es, niedrige Geburtenzahlen durch Zuwanderung auffangen zu wollen.

Nach den Statements der Kandidaten kristallisierte sich heraus, dass die eigentliche Frage, die die Mitglieder des BDS bewegte, die nach der Gestaltung der Ausbildung ist. Er habe den Eindruck, die Berufsschule sei nicht mehr in der Lage, das aktuelle theoretische Wissen zu vermitteln, das in Betrieben gefragt sei, so der Geschäftsführer einer Kirchheimer Werbeagentur. Ob Privatschulen nicht viel effektiver seien? Das sah Marianne Erdrich-Sommer anders. „Eine berufliche Privatschule geht nur gut, solange die Konjunktur läuft.“ Das duale System bedeute ein

großes Plus. Schule und Betriebe sollten jedoch besser miteinander verzahnt werden und mehr Praktiker unterrichten. Weil es kaum möglich sei, dass staatliche Ausbildungsstätten materiell immer auf dem neuesten Stand sind, könnte sie sich vorstellen, dass sich der Staat in Betrieben „einkauft“, um an modernen Geräten zu unterrichten. Die Ansicht von Carla Bregenzer: „Wir brauchen mehr Geld für PCs.“ Der Vorteil des dualen Systems sei, dass es auch in Krisenzeiten funktioniere, jedoch muss ihrer Ansicht nach die Durchlässigkeit zwischen Schule und Betrieben größer werden. Als ein Problem sieht Carla Bregenzer den recht hohen Altersdurchschnitt der Lehrer an. Und: „Wir brauchen ein intensives Weiterbildungsprogramm.“

Frank Schweizer machte den Vorschlag, Lehrer für Berufsschulen aus der Industrie „freizukaufen“, damit Leute vor den Schülern stehen, deren Wissen „up to date“ ist. „Ausbildung muss dem Steuerzahler etwas wert sein.“ Weil sich das Wissen innerhalb von fünf Jahren verdoppelt, müssten sich Lehrer ständig weiterbilden, so das Credo von Zimmermann. Ihm ist die Besoldung der Lehrer ein Dorn im Auge. „Egal wie engagiert sie sind, sie bekommen alle dasselbe Geld.“

Ulrich Deuschle rückte die sozialen Probleme in den beruflichen

Schulen in den Vordergrund, müsste dort doch Integrationsarbeit geleistet werden. Außerdem könnte er sich zur Beseitigung des Lehrermangels vorstellen, dass Ingenieure, die vor ein paar Jahren mit 55 in den Ruhestand geschickt wurden, umgeschult werden, um zu unterrichten.

Unterschiedliche Meinungen auch zur Frage, warum Lehrer in Baden-Württemberg denn zwingend Beamte sein müssten. „Angestellte dürfen streiken“, lautete ein Argument von FDP-Mann Frank Schweizer. Für ihn ist es darüber hinaus eine „hoheitliche Aufgabe“, Kinder zu erziehen. Ganz pragmatisch ging Marianne Erdrich-Sommer an die Frage heran. Prinzipiell sieht sie kein Problem darin, Lehrer als Angestellte zu beschäftigen. Schwierig wäre nur die Umstellungsphase. Eine Generation lang müsste das Land dann Pensionen und Rentenversicherungsbeiträge zahlen. „Das halten die derzeitigen Haushalte nicht aus.“ Viele neue Lehrer werden bereits als Angestellte übernommen, warf CDU-Mann Karl Zimmermann in die Debatte. Carla Bregenzer betonte, sie habe keine Probleme mit angestellten Lehrern. Sie räumte außerdem das Vorurteil aus, Lehrer würden als Beamte eine Laufbahn mit verschiedenen Besoldungsstufen durchlaufen. Das sei bei Angestellten viel eher der Fall.